

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, fordert die Bundesregierung auf, die Kompromißbereitschaft der UdSSR nicht zurückzuweisen: Gegen die Gebetsmühlen. Seite 1

Klaus Wettig MdEP kommentiert den Olivenöl-Skandal: Die Reform der Marktordnung ist längst überfällig. Seite 2

Konrad Gilges MdB wendet sich gegen Horror-Video: Mehr Personal für die Bundesprüfstelle erforderlich. Seite 3

Hans Wallow MdB beschreibt den Bundesminister mit dem CDU-Briefkopf: Der doppelte Heiner. Seite 5

Max von Heckel MdL kritisiert das neue Grunderwerbssteuerrecht: Wohlwollen für große - zusätzliche Belastung für niedrige Einkommen. Seite 6

Dokumentation  
SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel erinnert: Im Sinne des demokratischen Sozialisten Eduard Bernstein. (Teil III) Seite 7

37. Jahrgang / 243

22. Dezember 1982

Gegen die Gebetsmühlen

Kompromißbereitschaft der UdSSR nicht zurückweisen

Von Karsten D. Voigt MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Reaktion der Bundesregierung auf die Vorschläge des sowjetischen Parteichefs Juri Andropow sind unbefriedigend und enttäuschend. Zwar sind seine Vorschläge noch nicht ausreichend, aber sie stellen einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die neuen sowjetischen Vorschläge nicht nur sorgfältig zu prüfen, sondern auch auf die Reagan-Administration einzuwirken, damit diese ihrerseits nun neue Vorschläge bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen einbringt.

Das gebetsmühlenartige Wiederholen der amerikanischen Ausgangspositionen bei den Genfer Verhandlungen reicht nicht mehr aus. Wer Verhandlungsergebnisse erreichen will, muß zum fairen wechselseitigen Kompromiß bereit sein.

Es ist das Verdienst von Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Sowjetunion und die USA in Genf an den Verhandlungstisch gebracht zu haben. Es wäre eine Abkehr von der Kontinuität der Politik Helmut Schmidts, wenn die neue Bundesregierung sich darauf beschränken würde, von der Sowjetunion Zugeständnisse zu verlangen, Anzeichen für eine Kompromißbereitschaft der Sowjetunion dann aber pauschal als unzureichend zurückweist.

Die SPD tritt mit Nachdruck für eine Verhandlungslösung in Genf ein. Deshalb fordert sie auch jetzt die Bundesregierung auf, auf einen zügigen Verhandlungsverlauf in Genf und auf Kompromisse sowohl bei den USA als auch bei der Sowjetunion zu drängen. Wer darauf verzichtet, auf eine solche wechselseitige Kompromißbereitschaft zu drängen, muß sich vorwerfen lassen, daß er sich mitschuldig an einem Scheitern der Verhandlungen machen könnte oder daß er - noch schlimmer - nicht einmal ernsthaft an Verhandlungsergebnissen und Kompromissen, sondern nur an einer Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen interessiert ist.  
(-/22.12.1982/ks/ca)

+ + +

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

Veränderung  
mit dem alten  
Magazine-Preis



Neuer Olivenölskandal

**Reform der Marktordnung längst Überfällig**

Von Klaus Wettig MdEP

Mitglied des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments

**Der neue Olivenölskandal: Eine schöne Bescherung!** Eine halbe Milliarde DM sollen italienische Erzeugerorganisationen als Beihilfe für Öl kassiert haben, das nie existiert hat.

Das Problem ist jedoch nicht neu; ähnliche Fälle sind in der Vergangenheit bereits häufiger vorgekommen. Die derzeitige Regelung der Erzeugerbeihilfe lädt allerdings zu derartigen Praktiken geradezu ein. Die Beihilfe hängt im Prinzip von der erzeugten Ölmenge ab, das heißt die Gemeinschaft zahlt einen bestimmten Betrag pro Mengeneinheit Öl. Da es jedoch offensichtlich bis heute nicht gelungen ist, die erzeugten Öl-mengen einigermaßen verlässlich festzustellen, ist man auf eine dreifache Schätzung angewiesen. Zunächst wird die Zahl der Olivenbäume geschätzt. Dann muß die Menge Oliven pro Baum geschätzt werden und schließlich der Ertrag der jeweiligen Sorte, der allein zwischen fünf und 100 Liter pro Baum schwanken kann.

Durch diese Anhäufung von möglichen Fehlerquellen ergibt sich jedes Jahr eine Differenz von mehreren hunderttausend Litern zwischen den der Erzeugerbeihilfe und den der Verbrauchsbeihilfe zugrundeliegenden Öl-mengen. Dabei gehen Experten davon aus, daß die aufgrund der Verbrauchsbeihilfen ermittelten Werte der Realität einigermaßen nahe kommen.

Außer dem Gedanken, daß auf der Grundlage der derzeitigen Regelung die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal - potenten Olivenölerzeugern - endgültig abgeschlossen werden könnten, verursacht den Haushaltsexperten des Europäischen Parlaments Alpträume.

Wir fordern deshalb seit langem eine Reform der Olivenölmarktordnung. Als erstes - und dazu ist keine Reform erforderlich - müßten die betroffenen Mitgliedsstaaten weit energischer als bisher aufgefordert werden, das längst beschlossene Olivenölkataster endlich zu erstellen. Vor allem aber muß das derzeitige Förderungssystem geändert werden.

Alle Versuche, die bisher - auch von Agrarkommissar Poul Dalsager - zur Änderung der Beihilfenregelung unternommen wurden, sind jedoch auf heftigen Widerstand der italienischen Kommissionsmitglieder wie auch der italienischen Regierung gestoßen. Denn das derzeitige System ist für den italienischen Staat besonders günstig, weil es ihm praktisch zinslose Kredite in beträchtlicher Höhe zukommen läßt. Die italienische Regierung zahlt die Beihilfen, die sie aus der EG-Kasse erhält, erst mit einer zweijährigen Verspätung an die Erzeuger aus.

Das alles ist bekannt; offenkundig hat bisher niemand entscheidende Änderungen durchsetzen können. Ob die Mafia, die bei den überhöhten Beihilfe-Rechnungen dem Vernehmen nach immer kräftig mitkassiert, auch anderenorts bereits ihre Verbindungen geknüpft hat?  
(-/22.12.1982/ks/ca)

+ + +



Gegen Horror-Video  
-----

Mehr Personal für die Bundesprüfstelle erforderlich

Von Konrad Gilges MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Die SPD-Bundestagsfraktion verfolgt mit Besorgnis die Entwicklung auf dem Videokassetten-Markt. Insbesondere der ungehinderte Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Video-Filmen mit Darstellungen brutaler Quälereien, grausamen Tötungshandlungen bis hin zum Kannibalismus in lebensechten Tricksequenzen beeinträchtigt deren Erziehung und Entwicklung. Mittlerweile beklagen in fast allen europäischen Ländern Jugendschützer, Erzieher und Eltern die Auswüchse von Gewalt, Horror, Krieg und "harter" Pornographie auf Video-Kassetten. Videobrutalität ist heute ein Teil der Freizeit von Kindern und Jugendlichen.

Mit mehreren mündlichen Anfragen und der jetzt beantworteten Kleinen Anfrage "Jugendgefährdung durch Videoprogramme" (Drucksache 9/2302) macht die SPD-Bundestagsfraktion auf diese Entwicklung des Video-Marktes aufmerksam und fordert die strikte Anwendung aller gesetzlichen Möglichkeiten, den Auswüchsen bei Video-Kassetten zu begegnen. Ich persönlich befürchte jedoch, daß die derzeit geltende Rechtslage für eine erfolgreiche strafrechtliche Verfolgung gegen Produzenten und Vertreiber von Gewaltdarstellungen auf Video-Kassetten nicht ausreichen. Die Antwort der Bundesregierung macht deutlich, daß "vor allem bei den Kannibalismus- und Zombi-Filmen (...) durch eine Subsumtion unter Paragraphen 131 Strafgesetzbuch (StGB) auf Schwierigkeiten stoßen" kann. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher die Bundesregierung auf, im Interesse eines besseren Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor schwer jugendgefährdenden Darstellungen, die geltenden Strafvorschriften (Paragraphen 131 StGB, 6 CjS) auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage verdeutlicht zudem die sprunghafte Entwicklung des Absatzes von Video-Recordern in der Bundesrepublik Deutschland. Wurden im Jahre 1980 noch 400.000 Geräte und im Jahre 1981 950.000 Geräte verkauft, wird für das laufende Jahr schon mit einem Videogeräte-Absatz von rund 1,2 Millionen Stück gerechnet. Beträgt die Marktsättigung bei Video-Recordern derzeit noch unter zehn Prozent, dürfte 1986 etwa jeder zweite und dritte Haushalt im Besitz eines Video-Recorders sein.



Die Unterscheidung von Programmkategorien bei Video-Kassetten hat die Befürchtungen der SPD-Fraktion weitgehend bestätigt. 45 Prozent, also fast die Hälfte des Umsatzes bei Video-Kassetten, machen schon heute die Programmkategorien "Horror, Krieg, Action" aus. Darunter zunehmend Filme, "deren wesentlicher Inhalt in der zum Selbstzweck erhobenen Darstellung extremer Gewalttätigkeiten gegen Menschen besteht. Brutale Quälereien und besonders grausame Tötungshandlungen bis hin zum Kannibalismus in lebens-echten Tricksequenzen gehören dabei heute ebenso zu dem auch Kindern und Jugendlichen zugänglichen Programmangebot auf vielen Video-Kassetten wie 'harte' Pornographie". Desweiteren sind 25 Prozent des Umsatzes die Video-Programme "Abenteuer, Krimi, Western" und zwölf Prozent "Erotischer Film". Nur sieben Prozent entfallen auf die Kategorie "Kinder- und Jugendfilme" und gerade zwei Prozent auf "Aus- und Weiterbildung".

Schnittauflagen der "Freiwilligen Selbstkontrolle" wurden mehrfach bei der Überspielung auf Kassette nicht beachtet. Nach Auskunft der Bundesregierung sind bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften bis heute 803 Indizierungsanträge zu Videoprogrammen eingegangen, von denen inzwischen gerade 101, also noch nicht einmal 15 Prozent, erledigt werden konnten. Daher ist die befristete Personalverstärkung bei der Bundesprüfstelle zur Erledigung der noch offenen Anträge zu begrüßen. Wir sind jedoch der Ansicht, daß die von der Bundesregierung selbst zugestandenen "Kapazitätsprobleme" bei der Bundesprüfstelle eine langfristige Personalaufstockung erforderlich macht, wenn man die Jugendgefährdung durch Video-Kassetten ernst nimmt.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher die Bundesregierung auf, neben der schon erwähnten Überprüfung und gegebenenfalls Änderung der notwendigen Rechtsgrundlagen bei der Strafverfolgung von Produzenten und Vertrieber von Horror-, kriegsverherrlichenden, gewaltverherrlichenden und pornographischen Darstellungen auf Video-Kassetten und Bildplatten, die Verstärkung des Personals bei der Bundesprüfstelle. Auch geht unsere Bitte an die Länder und Gemeinden um Mithilfe, weitere geeignete Maßnahmen gegen die Gefährdung durch Video-Programme für Kinder und Jugendliche zu ergreifen.

(-/22.12.1982/ks/ca)

+ + +



**Der doppelte Heiner**  
-----

**Der Bundesminister mit dem CDU-Briefkopf**

Von Hans Wallow

Mitglied des Deutschen Bundestages

Es gibt einen deutschen Mann, der ist auch für den nüchternen Zeitgenossen immer doppelt sichtbar: Neben dem CDU-General Heiner Geißler steht immer der Minister für Jugend, Familie und Gesundheit und umgekehrt.

Die Sozis sehen den General im Minister wieder einmal verkniffen. Bloß, weil Egon Bahr und Hans-Jürgen Wischniewski bei der Bestellung zum Bundesgeschäftsführer unvorsichtigerweise ihre Staatsämter niederlegten, können sie doch nicht die politische Moral für sich pachten. Sie konnten doch gar nicht zugleich über Entwicklungshilfe in Obervolta verhandeln und zu Hause das Halali für den Wahlkampf blasen. Sagte neulich einer von der Opposition: "Der Minister Heiner hätte geschworen, seine ganze Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen." Dabei ist es doch ganz praktisch und billig: Der General und Minister kann doch gleichzeitig die geistig moralische Erneuerung im Dialog mit der Jugend und die Kürzung des Kindergeldes und den Kahlschlag beim BAFÖG in einem Aufwasch erledigen.

Was machts, wenn der "Doppelte Heiner" durch die Arbeitsfülle nicht mehr recht den Durchblick hat: Empfing er doch neulich im Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit die Korrespondentin der Illustrierten "Brigitte" zum Thema Familienpolitik, gemeinsam mit dem Pressereferenten der CDU-Zentrale von Liesenhausen.

Die irritierte Dame klärte er auf: Seine Rede sei jetzt die des Familienministers. Sie hatte kein Likörchen getrunken, sah und hörte ihn aber trotzdem immer doppelt.

Kopfschütteln gab es auch bei der "Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen". Dort erhielt man einen Brief des Generals auf dem Kopfbogen der CDU mit der Unterschrift "Bundesminister". Inhalt: Wohltönende Töne der Regierungserklärung zur Familienpolitik in neuer Reihenfolge. Absender: die CDU.

Diese evangelische Arbeitsgemeinschaft für Familienfragen reagierte auf den "doppelten Heiner" verklemmt. In ihrer Zeitschrift stellte sie fest: "Ein Familienminister muß für alle Familien in unserem Gemeinwesen ansprechbar sein und darf nicht im Namen der Parteiloyalität, wie es das Amt des Generalsekretärs legitimerweise von ihm verlangt, gesamtpolitische Entscheidungen um jeden Preis verteidigen müssen."  
(-/22.12.1982/bgy/ca)

- + + +



## Neues Grunderwerbssteuerrecht geht in falsche Richtung

Wohlwollen für große - zusätzliche Belastung für niedrige Einkommen

Von Max von Heckel MdL

Die von der Bonner CDU/CSU/FDP-Koalition beschlossene und am Dienstag in Kraft getretene Neuregelung des Grunderwerbssteuerrechts, nach der der Erwerb von Immobilien generell mit zwei Prozent Grunderwerbssteuer belegt wird, ist ein Schritt in die falsche Richtung. Sie belastet Bauherren mit niedrigem Einkommen zusätzlich, legt jedoch Großverdienern beachtliche Steuerentlastungen unter den Weihnachtsbaum.

Im Klartext bedeutet die Neuregelung: Großverdiener freut Euch, ab 22. Dezember müßt Ihr nur noch zwei Prozent Grunderwerbssteuer anstelle von sieben Prozent bezahlen. Kleinverdiener Pech gehabt, bis Ende 1982 dürft Ihr zwar noch die alte Regelung in Anspruch nehmen, nach der für ein Einfamilienhaus bis 250.000 DM und ein Zweifamilienhaus bis 300.000 DM die Befreiung von der Grunderwerbssteuer gilt, aber im neuen Jahr wird es dann ernst, dann müßt auch Ihr zwei Prozent berappen.

Konkret sieht die vom bayerischen Finanzminister Streibl angepriesene Neueregelung so aus: Wer sich ein bescheidenes Eigentum für 250.000 Mark erwirbt, mußte nach der alten Regelung keine Grunderwerbssteuer bezahlen. Jetzt wird er mit 5.000 DM zu Kasse gebeten. Wer sich ein größeres Eigentum erwirbt, zum Beispiel für 800.000 Mark, mußte nach der alten Regelung 38.500 Mark Grunderwerbssteuer bezahlen. Nach der neuen Regelung muß er nur noch 16.000 Mark Grunderwerbssteuer an die Staatskasse abführen.

Noch deutlicher wird das steuerliche Wohlwollen gegenüber den Großverdienern, wenn man zum Beispiel ein Baugrundstück für zehn Millionen Mark zur Berechnungsgrundlage nimmt. Bisher mußte dafür 700.000 Mark Grunderwerbssteuer abgeführt werden, in Zukunft nur noch 200.000 Mark. Bei der Neueregelung des Grunderwerbssteuerrechts ist die Steuergerechtigkeit auf der Strecke geblieben. Besonders die Familien mit geringem Einkommen und Familien mit Kindern sind von dieser Maßnahme getroffen. Hier wäre genau das Gegenteil, nämlich eine Entlastung bei der Bildung von Wohneigentum, notwendig gewesen.

Ohne Zweifel ist auch im Bereich des Grunderwerbssteuerrechts nach Wegen der Steuervereinfachung zu suchen. Die Lösung kann aber nicht so aussehen, daß sie zu Lasten derjenigen geht, die bereits jetzt besondere Mühe bei der Bildung von Eigentum haben und von der Wirtschaftskrise über stagnierende Realeinkommen besonders betroffen sind. Mit dieser Gesetzesneueregelung konterkariert die neue Koalition außerdem ihre eigenen wohnungspolitischen Maßnahmen, die laut Aussagen des Bundeswohnungsbauministers Schneider (CSU) die Bildung von Wohneigentum gerade auch für kleinere und mittlere Einkommensbezieher erleichtern sollten. Der vorgesehene Schuldzinsenabzug bei der Einkommenssteuer wird für diese Bevölkerungsgruppe durch den Wegfall der Grunderwerbssteuerbefreiung praktisch aufgezehrt.

So begeht die neue Regierung nicht nur einen schwerwiegenden wohnungspolitischen Fehler, sie verstößt auch gegen das Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Eine wirklich famose Reform.  
(-/22.12.1982/bgy/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf einer Gedenkveranstaltung zum 50. Todestag Eduard Bernsteins hat der SPD-Kanzlerkandidat, Dr. Hans-Jochen Vogel, am Wochenende folgendes Referat gehalten, das wir in drei Teilen veröffentlichen. (Teil III und Schluß)

Im Sinne des demokratischen Sozialisten Eduard Bernstein

Zweck und Mittel, Ziel und Weg sind gleichermaßen werthaft. Folgerichtig lehnt Bernstein den gewaltsamen Umsturz sowie die Gleichsetzung des Sozialismus mit der Vergesellschaftung des Privateigentums ab. Gegen die Zwangsläufigkeit der marxistischen Eschatologie setzte er Moral und Rechtsbewußtsein als Triebkräfte der sozialistischen Bewegung.

Das Bekenntnis zum pluralen und demokratischen Rechtsstaat läßt andere als evolutionäre Wege zum Sozialismus nicht zu. Fortschritte müssen Schritt für Schritt erreicht, durch Überzeugungsarbeit und Bewußtseinswandel fundiert werden. Auch die Ungeduldigen unter uns, vor allem unter den Jüngeren, sollten darin nicht nur eine Gefahr sehen, sondern auch eine Chance. Die Gefahr besteht gewiß, daß scheinbare Sachgesetzmäßigkeiten, technische und wirtschaftliche Entwicklungen unsere Fähigkeit, mit den Problemen fertig zu werden, übersteigen könnten. Aber die schrittweise Verbesserung der Lebenswelt der Menschen bietet auch die größte Chance dafür, daß Irrtümer historischen Ausmaßes vermieden werden. Demokratie baut auf die Lernfähigkeit der Menschen, und die läßt Hoffnung zu.

Nicht dem Dogmatiker, dem zu Revision Bereiten gehört die Zukunft

Susanne Miller hat schon darauf hingewiesen: Wir können von Bernstein nicht nur für uns heute aus dem etwas lernen, was er gesagt hat, sondern ebenso daraus, wie er es vertreten und was er praktisch getan hat. Beispielhaft war die ihm eigene Verbindung von Prinzipientreue, Loyalität zu seiner Partei und unbedingter Wahrheitsliebe. Er hat mit Kritik an der eigenen Partei, wo er sie für angebracht hielt, wahrhaftig nie hinter dem Berg gehalten. Er hat aber ebensowenig Zweifel gelassen an der Treue zu den Zielen und Grundsätzen seiner, unserer Sozialdemokratischen Partei. Parteiliniendenken war ihm ebenso fremd wie Kritik ohne Verantwortungsbereitschaft. Diese Verbindung der Offenheit für das Neue und eines klaren und festen Verhältnisses zu den Grundsätzen war es letztlich, was die Sozialdemokratie befähigt hat, neue Herausforderungen zu bestehen und doch die eigene Identität nicht preiszugeben. Heute, da die Sozialdemokratie in mancher Hinsicht wieder herausgefordert ist, ihre fortgeltenden Grundwerte auf eine veränderte Situation neu zu beziehen, kann uns diese Rückbesinnung Mut geben. Nicht dem Dogmatiker, dem zur Revision Bereiten gehört die Zukunft.

Bernstein hat Theorie und Praxis wie wenige andere in seiner eigenen Person zu verbinden gewußt. Er war nicht nur Theoretiker, er hat stets zugleich politische Verantwortung gesucht. Seit 1902 war er Reichstagsabgeordneter und von 1910 bis 1920 Stadtverordneter hier in Schöneberg. Obgleich zum Mitglied der Schöneberger Schuldeputation gewählt, versagte ihm die preußische Regierung die für die Wahrnehmung dieses Mandats damals notwendige Anerkennung.

Zwei seiner sehr konkreten Aktivitäten will ich erwähnen, weil sie einen überraschend aktuellen Bezug haben. In einer Situation großer Arbeitslosigkeit 1910 trat er für die Einrichtung einer städtischen Arbeitslosenversicherung in Berlin ein. Mit dieser Einrichtung sollte Schöneberg auf diesem Gebiet Pionier in Berlin werden. Er ging aber noch weiter und verlangte die Reduzierung des Jahresgehaltes des Schöneberger Oberbürgermeisters Dominicus um zehn Prozent angesichts der verbreiteten Arbeitslosigkeit. Den Hinweis, daß der Wilmersdorfer Bürgermeister noch 1.000 DM mehr verdient, quittierte er mit dem unbeirrten Zwischenruf "Prozentstadt!" (Ich will mir mit diesem Zitat aber nicht den Zorn der Wilmersdorfer zuziehen).



Intensiv hat sich Bernstein als Schöneberger Stadtverordneter der Wohnungsnot der unteren Schichten angenommen. Für sie verlangte er den Bau von Kleinwohnungen, Vorläufern der Sozialwohnung. Den Bau der Lindenhofsiedlung hier in Schöneberg hat er 1918 mitangestossen.

Es ist also kein Zufall, daß wir in diesen Räumen hier seinen 50. Todestages gedenken. Und ich glaube, es ist ein wenig deutlich geworden, daß nicht nur in seiner Theorie, sondern vor allem in seiner Praxis für ihn selber seine Einsicht galt, daß das sogenannte Endziel, das sozialistische Prinzip, nur soviel wert ist, wie es das konkrete Tun jederzeit erfüllt.

Auch dies ist ein Beitrag zum Thema "demokratischer Rechtsstaat". Denn - wir spüren es heute immer stärker - mindestens ebenso wichtig wie seine Institutionen ist die Glaubwürdigkeit der Politiker, die in seinem Namen handeln.

#### Perspektiven für die politische Arbeit

Was bedeutet Bernstein dem handelnden Politiker von heute? Ich spreche hier nicht als Historiker oder "Theoretiker"; ich spreche als einer, der mitten in einer herausfordernden und gefährlichen Krise für unser Land eine besondere Verantwortung für seine Partei übernommen hat. Und ich hätte die Verpflichtung für diese Rede, die ich schon vor Monaten eingegangen bin, nicht eingehalten, wenn ich mir nicht von der Beschäftigung mit dem Werk Eduard Bernsteins Perspektiven für die politische Arbeit versprochen hätte.

Ich neige nicht dazu, die politische Arbeit mit persönlichen Bekenntnissen zu durchsetzen. Aber hier ist die Feststellung am Platze, daß ich kaum zur Sozialdemokratie gefunden hätte, wenn nicht Männer wie Eduard Bernstein den Weg vom "wissenschaftlichen" zum "ethischen Sozialismus" geebnet hätten. Bernsteins Denkergebnisse, seine Anerkennung der eigenständigen Bedeutung des gesetzten Rechts, des politischen Pluralismus und der Demokratie als Inhalt und Form des Sozialismus haben meine Generation entscheidend geprägt.

Wenn wir heute für eine solidarische Gesellschaft kämpfen - gegen die Ellbogengesellschaft - und wenn wir uns auch heute nicht scheuen, den Begriff des demokratischen Sozialismus bewußt zu gebrauchen, dann tun wir das auch in der Tradition von Männern wie Eduard Bernstein, Leonard Nelson, Rudolf Hilferding, Hermann Heller, Adolf Arndt und Waldemar von Knöringen.

Die Sozialdemokratie ist nicht nur die älteste deutsche Partei und die einzige, die gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt hat; sie ist auch eine Gesinnungsgemeinschaft, die ihr Denken in beständigen und auch notwendigen Kontroversen Schritt für Schritt weiterentwickelt und in Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Gesellschaft verändert hat.

Ich bekenne mich an diesem fünfzigsten Todestag Eduard Bernsteins zu dieser Gesinnungsgemeinschaft und zu ihren fruchtbaren Kontroversen über die Jahre hinweg. Wir wissen, woher wir kommen. Dieses Wissen erleichtert uns auch die Antwort auf die Frage, wohin wir gehen. Nämlich in eine Zukunft, für die wir verantwortlich sind, die wir zu gestalten haben. Und das ist wohl das wichtigste Vermächtnis Eduard Bernsteins!

(-/22.12.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

